

Milliarden für die „notleidenden Banken“!? Sachzwänge für die Bevölkerung!?

Finanzkrise zeigt den Bankrott des neoliberalen Weltbildes!

**Die Verursacher des Problems wollen noch mehr Geld und
noch mehr Macht!**

Ist das noch demokratisch?

Als durch die liberale Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik der Bankenzusammenbruch von 1929 geschah, verursachte das eine weltweite Weltwirtschaftskrise, es kam in Deutschland zum Faschismus und dann zum 2. Weltkrieg mit Millionen Toten. Auf Grund dieser Erfahrungen beschloss man zukünftig die Banken staatlich zu regulieren.

Das passte dem - mit den Banken verbundenen-Großkapital nicht und sie förderten und finanzierten kleine sektenhafte pseudo-wissenschaftliche Zirkel von Wirtschaftswissenschaftlern, die behaupteten, eine Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat sei falsch (siehe: August von Hayek in Europa, Milton Friedmann in den USA). Diese „neo-liberalen“ Kreise behaupteten auch, dass ein Sozialstaat nicht nötig sei und sogar gesellschaftlich schädlich ist. Sie behaupteten die Auflösung von staatlichen Regeln sei ein Gewinn für alle. Der Staat solle sich überhaupt aus der Wirtschaft heraushalten. Er solle sich „verschlanken“, da er „ineffektiv“ sei. Alle Strukturen der Daseinsfürsorge (z.B. Müllabfuhr, Telefon, Krankenhäuser, Bahn, Sozialamt), die man in dem letzten Jahrhundert und besonders nach dem 2. Weltkrieg aufgebaut hatte, sollten nach dieser **neo-liberalen** Philosophie an private Konzerne verkauft, „privatisiert“ werden. Alles soll dem von staatlichen Eingriffen „freien“ Markt zugeführt werden. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes, Konkurrenz und das Gewinnstreben, würden schon alles zum Besten aller regulieren.

Dieser Konzern-freundlichen Theologie haben sich in den letzten 20 Jahren **alle** politischen Parteien (außer die marxistischen), die meisten „Experten“ an den Unis und sämtliche Massenmedien angeschlossen, nach dem Motto „Es gibt keine Alternative!“ „Privat ist immer gut“, und „Sozial ist schlecht“. Diese neoliberale Theorie wurde seit 1980 immer mehr zur Leitlinie der nationalen und internationalen Politik - ohne wissenschaftliche Grundlage, ohne historische Belege! Es handelt sich schlicht und ergreifend um ein Glaubensdogma.

Dieses Dogma wurde mit Hilfe der Massenmedien in die Köpfe der Menschen eingehämmert und hat in seinen praktischen Auswirkungen den Konzernen und den Großbanken zu immer größeren Profiten und zu immer größerer Macht verholfen.

Nachdem nun die **neoliberalen Reformen** überall in Politik und Wirtschaft durchgesetzt worden sind, taucht plötzlich eine Krise nach der anderen auf (Ernährungskrise, Ölkrise, Klimakrise, Bildungskrise). Und als dollstes Ding gibt es nun auch noch eine **Finanzkrise**. Jetzt fordern die gleichen Politiker, Konzern-Chefs und Experten, die über Jahre gepredigt haben, der Staat solle sich aus der Wirtschaft heraushalten, dass der Staat jetzt eingreifen soll! Und nicht nur das!

Genau dieselben neoliberalen Politiker der CDU, der SPD der FDP und den Grünen, die die Deregulierung der Märkte und den Abbau sozialer Errungenschaften seit Jahren als ihre Kernaufgabe betrachtet und zugelassen haben, dass aus der Börse ein globales Spielcasino wurde, damit die Global Player ohne Regeln zocken können, sind jetzt „entsetzt“. Genau dieselben Politiker, die über Jahre dafür gesorgt haben, dass die Zocker mit fiktiven Werten ohne Anbindungen an die Realwirtschaft spekulieren können und nun ihr Geld verloren haben, möchten den Spielsüchtigen aus dem Casino mit hunderten von Milliarden Beträgen und Milliarden Bürgschaften (Steuergeldern!) aushelfen!! Genau die, die ihre hohen Gewinne der letzten Jahre mit dem Risiko, das sie angeblich tragen, begründet haben, möchten ihre Risiken nun doch nicht tragen! Ihre **Gewinne**

möchten sie alle behalten! Ihre **Verluste** soll jetzt die Allgemeinheit bezahlen!!

Genau die, die ewig und drei Tage von der „Konkurrenz“ als Heilmittel für Wirtschaft und Gesellschaft geredet haben, wollen jetzt davon nichts mehr hören und möchten stattdessen das der Staat alles richten soll!

Und genau die selben neoliberalen Politiker, die vorher ein Sparprogramm nach dem anderen für die Bevölkerung durchgezogen haben, die die Schulen und Universitäten und Krankenhäusern und die Sozialhilfeempfänger einer Hungerdiät unterworfen haben, weil es angeblich kein Geld mehr gäbe, haben nun keine Skrupel, ein Vielfaches all dieser Summen plötzlich den reichen Zockern an den Börsen, die ihr Geld verspielt haben, aus der Patsche zu helfen! Dafür plündern jetzt die Regierungen ihre eigenen Haushalte! Mit 700 Milliarden Dollar wurde den armen Reichen in den USA geholfen! In Deutschland wurden bereits die Verluste der IKB, der Sachsen LB, der WestLB, der BayernLB und der KfW Bank in Milliardenhöhe vom Staat übernommen!!! Nun sollen noch mal 500 Milliarden nachgeschoben werden!! **Immer mehr Menschen fragten sich, warum sie große Abstriche bei Sozialleistungen und Löhnen hinnehmen mussten, während für die Rettung von Banken offenbar mehr als genug Geld da ist.**

Das Geld könnte natürlich auch von den Konten derjenigen kommen, die für dieses Desaster verantwortlich sind. Eigentlich gibt es nichts Selbstverständlicheres, als dass diejenigen für einen Schaden aufkommen, die ihn angerichtet haben. Doch „unsere“ Zeitungen und Kommentatoren von Bild bis Tagesschau tun so, als hätte man schon wieder keine Alternative mehr, um die Allgemeinheit und die „Realwirtschaft“ vor noch größeren Schäden zu bewahren. Das zeigt, wie es um die „Pressefreiheit“ und die objektive Berichterstattung in den westlichen Staaten steht. Die Presse-Freiheit ist im Wesentlichen die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.

Banken rauben Bürger aus: Anstatt diese gigantische regierungsamtliche Abzocke von Otto Normalverbraucher und Joe Sixpack zu verurteilen, jubeln die Massenmedien die „Sicherheitspakete“ der Regierungen und ihre „Vernunft“ auch noch hoch. Ohne auch nur einmal zu erwähnen, wie viel die feinen Herren von der US Börse allein in der Amtszeit von Bush so zur Seite gerafft haben. Nämlich sage und schreibe ca. 700 Milliarden in 7 Jahren der Bush-Junta (siehe <http://www.sanders.senate.gov/news/record.cfm?id=303980>).

Eine korrekte Berichterstattung würde die riesigen Gewinne der internationalen Banker in den letzten Jahren erwähnen, und logischerweise über die Vorschläge berichten, die vorsehen, daß die Reichen ihre Spiel-Schulden gefälligst selbst zu finanzieren haben.

Doch die Parlamente diskutieren und entscheiden die Fragen gar nicht, ob es richtig ist, noch mehr Geld in dieses System zu pumpen. Als die Sachsen LB über Nacht durch einen Notverkauf an die badenwürttembergischen LBBW „gerettet“ wurde, konnte das Parlament den Deal, der einige Milliarden Steuergelder gekostet hat, nur abnicken. Genauso in den USA. Bush hat nur noch wie ein dummer Junge die Beschlüsse der Reichen (Bank Goldman Sachs) abgelesen. Trotz des Geredes von der Selbstbestimmung der Bevölkerung, die Hand in Hand mit der neoliberalen Kapitalfreiheit einhergehen würde, werden alle wichtigen Entscheidungen in aller Eile in einem kleinen abgeschotteten Kreis gefällt. Die US-Regierung hat sogar das Kriegsrecht im eigenen Land angedroht, falls die Bevölkerung nicht still hält. Und Schäuble will ausgerechnet jetzt das Militär im Inneren gegen „Terroristen“ einsetzen können. Die Parlamente bleiben außen vor. Es herrscht die nackte Wirtschaftsdiktatur!

Die Finanzkrise zeigt den **Bankrott der neoliberalen Theologie!!** Und die massenmediale Berichterstattung ist eine Verschleierung dieses Bankrotts.

Hier einige Lese-Tipps:

www.berndsenf.de www.zeit-fragen.ch
www.jungenwelt.de www.hintergrund.de
www.was-die-massenmedien-verschweigen.de

Verantwortlich: Ottmar Lattorf für Nachbarschaftsverein „Nabis, Bürger informieren Bürger e.V.“ www.nabis.de

Kontakt: nabis@web.de

Telefon: 0221 / 34 11 82, siehe auch:

- Kritik des Neoliberalismus, von Chr. Butterwegge, B. Lösch, Ralf Ptak
- Die blinden Flecken der Ökonomie. Von Bernd Senf

Spenden Konto des Vereins NaBiS e.V. für korrekte Informationen: 8523326 bei SSK, BLZ 37050198